

m 9a

* Noch immer Herr Kraus. Einer der beiden Anwälte des Herrn Karl Kraus, Herr Dr. Willi Katz, verlangt von uns auf Grund des § 11 des Pressgesetzes im Namen seines Mandanten die Aufnahme folgender Berichtigung:

„Sie veröffentlichen in dem Artikel „Auch in der zweiten Instanz“ (Abendausgabe vom 20. Oktober 1931) folgendes: „Zum Unterschiede von dem Urteil erster Instanz lehnte das Gericht die Widerklage ab, nachdem Kraus versichert hatte, dass die in der ‚Fackel‘ gebrauchten Worte ‚frecher Schwindel‘ sich nicht auf Herrn Theodor Wolff bezögen.“ Das ist unwahr. Wahr ist, dass das Gericht den Angeklagten Karl Kraus freigesprochen hat, weil nach der Ueberzeugung des Gerichts die Worte ‚frecher Schwindel‘ sich nicht auf den Kläger, Herrn Theodor Wolff, bezogen.

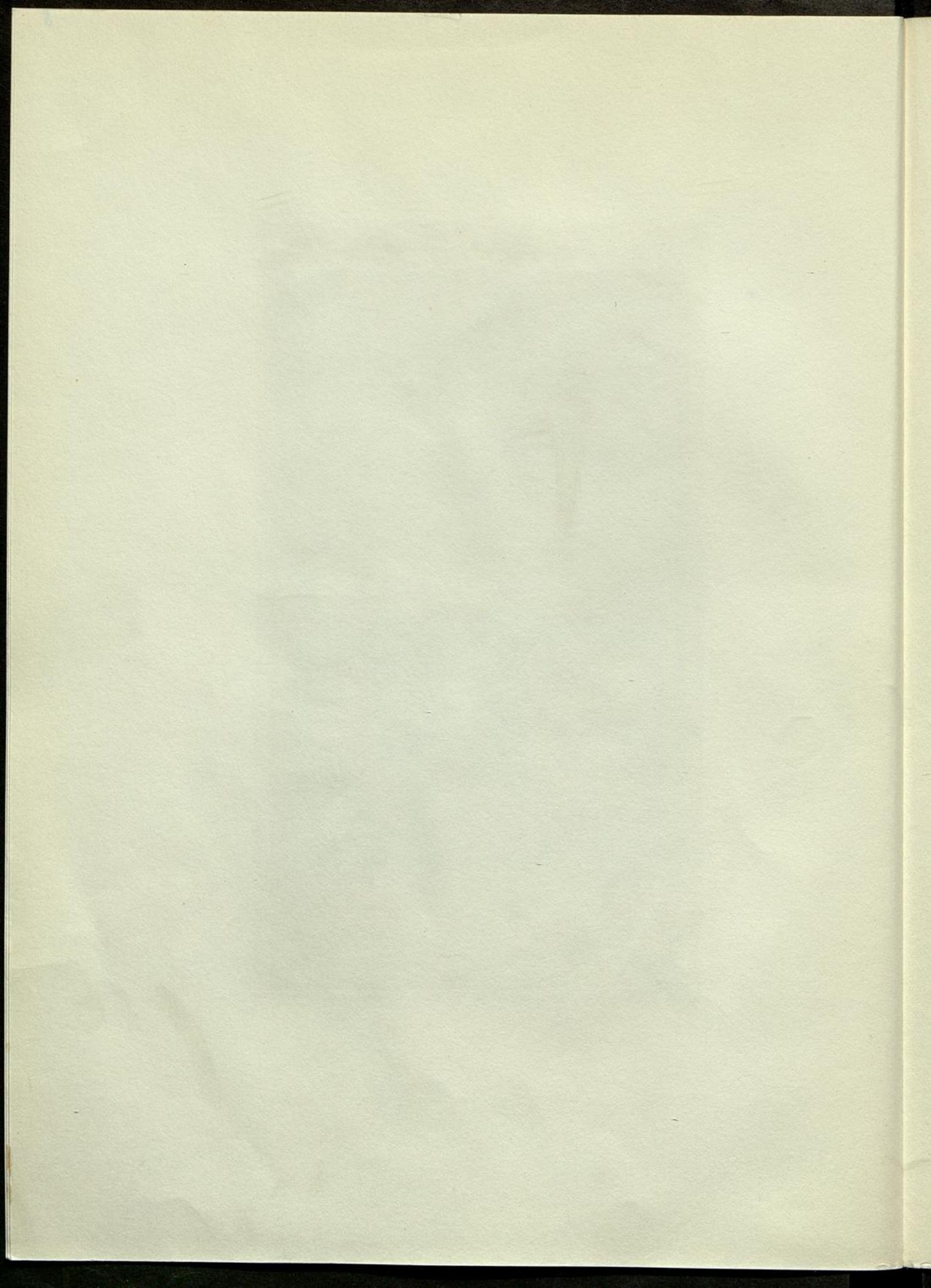
Berlin, den 23. Oktober 1931. Karl Kraus.“

Der § 11 des Pressgesetzes nötigt eine Zeitung leider auch dann zur Veröffentlichung einer Berichtigung, wenn sie offenkundig und nachweisbar im Widerspruch zu den Tatsachen steht und sogar wider besseres Wissen abgefasst worden ist. Das ist die Sachlage im vorliegenden Falle. Herr Kraus und seine beiden Anwälte haben in der von ihnen herbeigeführten Gerichtsverhandlung wiederholt und nachdrücklich die Erklärung abgegeben, die jetzt, der Berichtigung zufolge, nur das Gericht abgegeben haben soll. Es ist einigermaßen befremdend, dass ein Anwalt sich zum Uebermittler einer derartigen Berichtigung macht, obgleich er den wahren Vorgang kennt.

*

Und abermals Herr Kraus, da er ja doch Berichtigungen en gros und en masse herstellt und verschleisst: „Sie veröffentlichen in dem Artikel „Welttheaterkongress in Paris“ von Joseph Chapiro (10. Juli 1931, Abendausgabe) die folgende Behauptung: „— wenn man sich daran erinnert, dass Gémier derjenige war, der im Januar 1926 den ersten deutschen Vortrag nach dem Krieg, den von Alfred Kerr, an der Sorbonne veranstaltete —“ Die Behauptung, dass der im Januar 1926 von Gémier veranstaltete Vortrag des Herrn Alfred Kerr an der Sorbonne der erste deutsche Vortrag nach dem Krieg gewesen ist, ist unwahr. Wahr ist, dass Karl Kraus am 4., 7. und 10. März 1925 deutsche Vorträge an der Sorbonne gehalten hat.

Berlin, den 24. Oktober 1931. Karl Kraus.“



Handwritten notes at the top left, possibly a header or address, including the name "Herrn (König)" and some illegible text.

Handwritten date "Juli 10" with a small scribble to the right.

Handwritten text starting with "Ich habe ja..." and "begegnung...", mentioning "Herrn König" and "Herrn..."

Handwritten text in parentheses: "(am 4. Juli)"

Handwritten text mentioning "Herrn König" and "Herrn..." with some crossed-out words.

Handwritten text mentioning "Herrn König" and "Herrn..." with some crossed-out words.

Handwritten text in parentheses: "(Herrn König...)"

Handwritten text mentioning "Herrn König" and "Herrn..." with some crossed-out words.

Handwritten text mentioning "Herrn König" and "Herrn..." with some crossed-out words.

Handwritten text at the bottom right, possibly a signature or closing, including "Herrn König" and "Herrn..."

25. MRZ. 1932

44.B.33/32

Abschrift.

B e s c h l u s s .

120
HG
Ga

In der P r i v a t k l a g e s a c h e
Dr. Katz ./. Dr. Sinsheimer
wegen Beleidigung

wird das Verfahren gemäss § 7 Teil VI der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 eingestellt.

Die gerichtlichen und die notwendigen aussergerichtlichen Auslagen hat der Beschuldigte Dr. Sinsheimer zu tragen.

W

In dem Prozessbericht des Berliner Tageblatts vom 20.X.31 war gesagt worden, dass Berufungsgericht hätte die Widerklage abgelehnt mit Rücksicht auf die Erklärung des Kraus, dass die Worte "frecher Schwindel" sich nicht auf Theodor Wolff bezogen hätten. Diese Darstellung im Prozessbericht ist, wie die Urteilsgründe ergeben, falsch. Darnach ist das Gericht auf Grund eigener Auslegung und Kritik des Textes zu der Ueberzeugung gelangt, dass die inkriminierten Worte sich nicht auf den Widerkläger Wolff beziehen.

W

Die von Kraus eingesandte Berichtigung wird daher dem wahren Sachverhalt gerecht, sie ist nicht wider besseres Wissen abgefasst. Daraus folgt, dass der gegen den jetzigen Privatkläger erhobene Vorwurf unberechtigt und unbegründet ist.

Es erscheint aber die Anwendung der Notverordnung angebracht, da die Schuld des Dr. Sinsheimer insofern nicht so schwer ins Gewicht fällt, als er eine gewisse Unterlage für seinen Standpunkt darin hatte, dass der damalige Widerbeklagte Kraus im Verfahren erklärt hatte, dass die fraglichen Worte sich nicht gegen Wolff richteten. Diese Erklärung war allerdings, wie bereits erwähnt, für die Ueberzeugung des Gerichts nicht entscheidend.

Charlottenburg, den 11. März 1932

Das Amtsgericht

Dr. Neumann

